

Ausgabe September 2021



Foto: Tobias Koch

Nicolas Zippelius Ihr Kandidat für den Bundestag

Editorial

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



Erstmals seit langer Zeit wird in der Bundesrepublik Deutschland ein Bundestag gewählt, bei der die amtierende Kanzlerin nicht mehr als Spitzenkandidatin für Ihre Partei antritt. Logisch, dass sich die Wahl nicht so sehr auf die Parteien und deren Programme fokussiert, sondern

die Kanzlerkandidatin und -kandidaten im Fokus stehen. So sehr, dass zu spät gemeldete Sonderzahlungen, falsche Angaben im Lebenslauf oder ein Lacher zum falschen Zeitpunkt dramatische Umfrageverluste auslösen. Nicht die Anzahl der Fettnäpfchen, in die die Spitzenkandidatin und -kandidaten treten sollte die Wahl entscheiden, sondern die Inhalte, für die die Parteien stehen. Insofern bin ich auch schon gespannt auf die Fernsehtrielle. Dort wird sich dann hoffentlich zeigen, wo und für was die Parteien stehen. Dann wird sich auch offenbaren, dass die Grünen nur den Klimaschutz auf der Themenliste haben. Aber ganz ehrlich, dass in dieser Hinsicht etwas getan werden muss, das hat nun wirklich fast jeder erkannt. Es geht also nicht um die Frage ob, sondern darum, wie man Klimaschutz gestaltet. Wir dürfen nicht ideologischen Zielen hinterherlaufen, sondern müssen kluge Politik unter Beachtung von sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten machen.

Wir müssen Innovationskraft fördern, Technologien weiterentwickeln und Lösungen schaffen, die auch in anderen Ländern der Erde zum Einsatz kommen. Denn die Klimakrise ist eine globale und keine deutsche Krise. Bevor wir stur das Ziel verfolgen, in Deutschland klimaneutral zu werden, müssen wir andere Länder dazu animieren, ebenfalls deutliche CO₂-Einsparungen zu erzielen und müssen sie technisch in die Lage versetzten, diese Ziele zu erreichen. Wenn wir diesen Weg beschreiten, dann erreichen wir viel mehr in puncto Klimaschutz, stärken gleichzeitig die heimische Wirtschaft, erhalten Wohlstand und Arbeitslätze und werden Vorreiter und Technologieführer. Das ist die Politik der CDU!

Darüber hinaus belegt die CDU ein sehr breites Themenspektrum und grenzt sich dabei stark von der Ökopartei ab. Die CDU steht für die soziale Marktwirtschaft, sie steht wie keine andere Partei für die europäische Idee, sie steht für innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die CDU ist die Partei, die für Innovation und Fortschritt steht, sie fördert die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze und sie ist die Partei, die eine solide Finanzpolitik macht.

Erlauben Sie mir aber doch nochmal auf die Personen zurückzukommen: Stellen Sie sich mal vor, sie würden Armin Laschet nach der Pendlerpauschale fragen oder nach der Gewinnung von Rohstoffen für die Herstellung von Akkus für Elektroautos. Er würde Ihnen sicher nichts von Kobold erzählen oder irgendwas Wirres zur Besserstellung von Autofahrern vorstottern, wenn die Pendlerpauschale um fünf und der Spritpreis um drei Cent erhöht werden. Diese Beispiele verdeutlichen, dass das Spitzenpersonal bei den Grünen von Ideologie getrieben, aber nicht mit fundiertem Wissen ausgestattet ist. Stellen Sie sich vor, Baerbock oder Habeck sitzen als Kanzlerin oder Außenminister beim G7 Gipfel an einem Tisch mit Biden, Johnson und Co. und treten da ähnlich kompetent auf.

Wollen Sie, dass so jemand das Land regiert, in dem Sie mit Ihrer Familie leben?

Mit Angela Merkel hatten wir eine Kanzlerin, die unser Land mit ihren christlich demokratischen Werten geführt und sicher durch einige Krisen gelenkt hat. Sie hat Deutschland weltweit zu großem Ansehen verholfen und zu einem Stabilitätsanker in der Europäischen Union gemacht. Unser Land steht heute gut da. Dazu hat unserer Kanzlerin einen großen Teil beigetragen und dafür gebührt Ihr Dank und Anerkennung.

Für die bevorstehende Bundestagswahl können wir Ihnen in unserem Wahlkreis mit Nicolas Zippelius nach über 20 Jahren einen neuen Bundestagskandidaten präsentieren. Mit ihm stellt sich ein junger Mann zur Wahl, der sich schon früh politisch engagiert und die Junge Union und seinen Gemeindeverband in Weingarten geführt hat. Er ist im Kreisvorstand der CDU, im Gemeinderat und im Kreistag vertreten. Er stammt aus einer Unternehmerfamilie und steht für das mittelständische Unternehmertum, steht für Regionalität und nimmt sich vor, den weiten Spagat zwischen Berlin und seinem Wahlkreis im Sinne der dort lebenden Menschen zu machen. Ich kenne ihn schon seit einigen Jahren und schätze ihn als leidenschaftlichen, engagierten und innovativen Politiker, der eine Bereicherung für unseren Wahlkreis und den Bundestag wäre.

Er wird sich, wie die gesamte CDU dafür einsetzen, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft in Zufriedenheit und Wohlstand leben können. Gehen Sie deshalb am 26. September zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme Nicolas Zippelius und der CDU.

Ihr Andreas Stampfer

Negativzins: Am öffentlichen Pranger stehen die Falschen



Wie in vielen Medien berichtet wurde, erheben in Deutschland bereits mehr als 350 Banken Negativzinsen. Dies bedeutet, dass für Guthaben auf Kontokorrent- oder Tagesgeldkonten ein sogenanntes Verwahrentgelt bezahlt werden muss. Warum ist das so und warum straft

mich eine Bank "vermeintlich" ab, wenn ich ihr Geld zur Verfügung stelle?

Die Geldbestände der Banken, die überwiegend aus den vielen Einlagen Ihrer Kunden bestehen, werden nicht wie oftmals angenommen in den Kellern ihrer Hauptstellen in den zahlreichen großen Tresoren auf Europaletten gelagert, sondern auf Konten bei der Bundesbank. Die Bundesbank wiederum ist Bestandteil des europäischen Systems der EZB. Hauptaufgabe der EZB ist eigentlich die Geldwertstabilität. Seit vielen Jahren aber fährt sie einen politischen Kurs, nämlich den Ankauf europäischer Staatsanleihen und der Niedrigzinsen zur günstigen Refinanzierung hochverschuldeter EU-Mitgliedstaaten. Dadurch sind derzeit Länder wie Griechenland oder Italien überhaupt noch überlebensfähig.

Die Politik der Niedrigzinsen sieht jedoch auch vor, dass Banken für Guthaben, die über ihre Mindestreserve bei der EZB hinausgehen, seit Jahren bereits einen Negativzins in Höhe von -0,5 % p.a. bezahlen müssen.

Im Klartext bedeutet dies, dass Ihre Bank für jeden Euro, den Sie auf einem Konto bei Ihrer Hausbank parken, derzeit -0,5 % an die Bundesbank entrichten muss. In der Hoffnung auf steigende Zinsen haben viele Banken diesen Strafzins an Ihre Kunden zunächst nicht weitergegeben. Da auf absehbare Zeit aber erkennbar ist, dass bei steigenden Zinsen die Zahlungsunfähigkeit mancher EU-Mitgliedsstaaten droht, ist von kurzfristig steigenden Zinsen nicht mehr auszugehen. Schön für alle, die aktuell eine Finanzierung brauchen, schlecht für Sparer und Einleger, denn Banken werden

Gewerbering 23 | 76351 Linkenheim-Hochstetten Telefon 07247 4862 | www.zimmerei-ratzel.de

es sich nicht mehr leisten können, den Negativzins der Bundesbank nicht an ihre Kunden weiterzugeben.

Einfach ausgedrückt kann man also folgendes festhalten: Es ist nachvollziehbar, dass es den einzelnen ärgert, wenn für sein Bankguthaben Negativzinsen berechnet werden. Aber davon auszugehen, dass die Bank damit Erträge generiert, ist sachlich falsch, denn die Einnahmen der Negativzinsen gehen durch bis zur Europäischen Zentralbank. Im Grunde genommen subventionieren deutsche Sparer damit Fehlentwicklungen in der Europäischen Union.

Deshalb, Ihre Sparkasse und Genossenschaftsbank kann nichts dafür, dass sie Negativzinsen berechnet. Sie werden leider dazu gezwungen.

Frank Kaiser

Zwei Frauen im Gespräch

Gibt es in Deutschland zu viele oder zu wenige ge-



schützte Berufsbezeichnungen? Was sagt die Berufsbezeichnung über die Qualität der Arbeit aus?

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was es eigentlich bedeutet, wenn jemand sich als "Ernährungsberater/in" bezeichnet? Oder als "Hundetrainer"? Oder als "Völkerrechtlerin"? Was haben diese Personen für eine Ausbildung, was können Sie?



In Deutschland sind nur wenige Berufsbezeichnungen gesetzlich geschützt. Zum einen ist hier der § 132a StGB zu nennen,

der es unter Strafe stellt, wenn sich jemand unbefugt beispielsweise als Arzt/Ärztin, Rechtsanwalt/-anwältin oder Steuerberater/-in bezeichnet. Auch Amts- und Dienstbezeichnungen sowie akademische Grade sind hier genannt. Daneben gibt es weitere Rechtsnormen, die bestimmte Berufsbezeichnungen schützen, teilweise auch nur auf Landesebene. Dazu gehören zum Beispiel der Architekt und Abschlüsse auf Meisterebene. Alle Berufsbezeichnungen aber, die nicht explizit geschützt sind, können von jedermann völlig ohne Qualifikation geführt werden. Das gilt beispielsweise auch für den/die oben genannte Ernährungsberater/in, die anders als die Diätassistentin keine bestimmte Qualifikation besitzen muss.

Aber was sagt eine lange zurückliegende Berufsausbildung überhaupt über die heutige Qualifikation aus? Und ist eine geschützte Berufsbezeichnung wirklich wichtig, um Vertrauen zu erzeugen?

<u>Beate:</u> Hallo Tanja, was meinst Du zu dem Thema? Ist das im Handwerk wichtig?

<u>Tanja</u>: Was nützt es, wenn jemand vor vielen Jahren einen Meister erworben hat, sich aber nie fortbildet? Es gibt Quereinsteiger ohne Ausbildung, die durch ihre praktische Erfahrung weit mehr können als viele andere, die den Beruf irgendwann erlernt haben. Zudem macht es auch einen Riesenunterschied, ob jemand Spaß an seinem Tun hat oder es einfach gelernt hat, weil der Beruf zu diesem Zeitpunkt gerade "in" war.

<u>Beate:</u> Das mag ja sein, aber an irgendetwas muss ich mich als Kunde oder Auftraggeber doch orientieren. Wenn ich mein Haus renovieren lasse, möchte ich, dass das ein gelernter Fachmann macht. Wer mein Kind betreut, soll eine pädagogische Ausbildung haben, wer mich hinsichtlich der Ernährung berät, soll das fundiert gelernt haben.

Tanja: Beim Meistertitel ist es ja klar, den darf nur führen, wer einen entsprechenden Abschluss hat. Nur sagt dir das halt nichts darüber aus, ob derjenige auch heute noch auf dem aktuellen Stand der Technik ist. Genauso bei Erziehern und Erzieherinnen. Jemand, der heute eine gute Fortbildung genossen hat und der interessiert an dem Thema ist und gerne mit Kindern umgeht, ist doch nicht schlechter geeignet als jemand, der den Beruf im vorigen Jahrhundert mal gelernt hat und noch immer auf dem damaligen Stand ist. Zudem kenne ich auch viele, die zwar einen Meistertitel haben, aber inzwischen auf einem ganz anderen Beruf arbeiten - es fragt ja auch niemand nach, welchen Meister derjenige hat. Beworben wird ja nur der "Meisterbetrieb". Und kaum ein Kunde fragt nach, welchen Meisterabschluss derjenige denn hat.

<u>Beate:</u> Optimal wäre halt beides, eine gute Ausbildung und eine lebenslange Weiterbildung. Schon im eigenen Interesse, aber natürlich auch für die Qualität der Arbeit.

<u>Tanja</u>: Klar, aber Lebenswege verlaufen halt nicht immer so geradlinig. Und dann bleibe ich dabei, es gibt exzellente Quereinsteiger, die gelernten Kräften in nichts nachstehen.

<u>Beate:</u> Aber die Entscheidung sollte schon beim Kunden liegen. Dazu brauche ich Klarheit bei den Berufsbezeichnungen. Beim Meistertitel habe ich den, in vielen anderen Bereichen nicht.

<u>Tanja</u>: Gib Menschen ohne Titel lieber öfter eine Chance, ob sie jetzt eine tolle Berufsbezeichnung führen oder nicht. Oder schaue Dir doch einfach die Arbeiten von den betreffenden Personen an, das ist oft aussagekräftiger als ein Titel.

<u>Beate:</u> Oder brauchen wir auch für Quereinsteiger Bezeichnungen, die klarmachen, dass sie auch eine Qualifikation haben?

Tanja: Da kommen wir jetzt zusammen. Dazu brauchen wir aber nicht neue Regeln und Vorschriften, das geht ganz ohne zusätzliche Bürokratie. Und ohne Menschen auszubremsen. Im Wahlprogramm der CDU heißt es ja: "Wir setzen auf funktionierenden Wettbewerb, der Menschen die Chance gibt, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen" (Zeile 1092f) und "Wir werden daher ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet ... Unser Ziel: Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften und nicht für die Erfüllung bürokratischer Pflichten." (Zeile 1103ff).

Ich hoffe natürlich, dass die politischen Macher dies auch so umsetzen - für den Bürokratie-Abbau bin ich schon mal zu haben.

<u>Beate:</u> Das stimmt, neue Vorschriften brauchen wir hier ganz bestimmt nicht. Liebe Tanja, es war schön, sich mal wieder mit Dir austauschen zu können!

Tanja: Ja, das war es. Bis bald!

Tanja Kössler, Beate Pfefferkorn



Die CDU ist der natürliche Partner der Vereine

In Deutschland engagieren sich über 30 Millionen Menschen ehrenamtlich und sorgen mit ihrer Arbeit für das soziale Mit-

einander in unserer Gesellschaft: Sie bringen Jüngere und Ältere zusammen und ermöglichen vielen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Vereine sind das Herz unserer Städte und Gemeinden. Als Volkspartei muss es in unserer DNA liegen, Vereine zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass diese sich ihrem Zweck widmen können. Leider engagieren sich heutzutage weniger junge Menschen in Vereinen. Darüber hinaus ist die Vereinszugehörigkeit anlassbezoge-



ner geworden. Langjährige Mitglieder, die ihren Verein auch über die eigene "aktive" Zeit hinaus unterstützen, werden nach der aktuellen Entwicklung in Zukunft weniger. Im Gespräch mit Vereinsvorsitzenden wird besonders deutlich, dass die Corona-Pandemie eine große Lücke in die Kassen der Vereine gerissen hat. Hier müssen wir unterstützen, denn auf das vielfältige Engagement der Vereine kann und sollte eine Gesellschaft nicht verzichten. Es muss daher klar sein – Ehrenamt und Vereine finden ihre natürlichen Ansprechpartner in der CDU.

Wo sollte angesetzt werden? Zum 1. Januar 2021 stieg die Übungsleiterpauschale von 2.400 Euro auf 3.000 Euro pro Jahr an. Zusätzlich wurde die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro erhöht. Das war ein gutes und wichtiges Zeichen. Zuvor stammte das letzte größere Reformpaket für Vereine aus dem Jahr 2013. Unsere Gesellschaft unterliegt einem rasanten Wandel. Dementsprechend schnell und regelmäßig - und nicht erst in acht Jahren - müssen wir die Pauschalen anpassen und uns darüber hinaus Gedanken für eine Entlastung der Vereine und ihrer Ehrenamtlichen machen.

Dazu gehört der Status der Gemeinnützigkeit: Dieser ermöglicht Vereinen insbesondere steuerliche Vorteile. Dieser Status ist mit Auflagen verbunden, die von Zeit zu Zeit überprüft und an ihre Wirkung angepasst werden sollten. Wir erleben es schon jetzt, dass vor Jahreshauptversammlungen händeringend nach Vorstandsmitgliedern gesucht wird. Ein Mehr an Bürokratie und Auflagen sorgt dafür, dass ehrenamtliche Aufgaben immer seltener Freiwillige finden. Einerseits weil die Gefahr besteht, dass Fehler der Vorstandschaft dazu führen, dass die Gemeinnützigkeit aberkannt wird und unter Umständen eine persönliche Haftung des Vorstands droht. Andererseits weil die Aufgabenfülle sehr häufig nicht mehr von den Ehrenamtlichen allein geleistet werden kann. Dass Vereine heutzutage einen Steuerberater beschäftigen, gehört fast zum Alltag.

Wichtig ist in diesem Feld, ähnlich wie in anderen Bereichen, ein Abbau bürokratischer Hürden. Ausufernde Dokumentationspflichten, überbordende Haftungsrisiken und steigende Anforderungen, wie bei kommerziellen Anbietern, können viele Vereine nicht leisten. Wir müssen uns als Gesellschaft und als politisch Handelnde fragen, ob das alles sein muss und ob wir nicht über das Ziel hinausgeschossen sind. Es ist meine Überzeugung, dass Vereine unsere Unterstützung verdienen. Es ist unsere politische Aufgabe, Regelungen und Gesetze zu überprüfen, finanzielle Entlastungen zu ermöglichen und auch zukünftig sicherzustellen, dass die Vereine sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.



Bundestagswahl 2021: Neue Stärke für mehr Sicherheit – ein wichtiges Kapitel des Wahlprogramms der CDU/CSU

Unser Motto der Frauenunion ist "think pink be black-weil meine Stimme Mehrwert ist". In Kürze dürfen wir wieder unsere Stimme abgeben, nämlich am 26. September 2021. Die Bundestagswahl steht an, alle großen Parteien haben bereits ihr Wahlprogramm öffentlich gemacht. Das Wahlprogramm der CDU/CSU umfasst 140 Seiten, vollgepackt mit wichtigen Zielen für unsere unmittelbare Zukunft.

Uns in der Frauenunion bewegt v. a. auch das Thema Sicherheit; Sicherheit für uns Frauen, unsere Kinder, unsere Familien. Wir brauchen Sicherheit als Grundlage für eine freie Entwicklung, ein freies Leben - eines der im Wahlprogramm definierten Ziele.

Wir haben deshalb noch vor der Corona-Pandemie bereits eine Veranstaltung zusammen mit der Senioren-Union angeboten, bei der sich die SeniorInnen über Gefahren durch Betrugsmaschen wie Enkeltrick & Co informieren konnten. Bereits seit einiger Zeit planen wir außerdem einen Selbstbehauptungskurs für Frauen (und auch Mädchen) in Linkenheim-Hochstetten, jedoch hat uns hier die Pandemie bislang einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Wir begrüßen, dass sich viele Aspekte zum Thema Sicherheit, die uns Frauen umtreiben, nun auch im Wahlprogramm wiederfinden. Diese sind beispielsweise folgende:

Mehr Sicherheit überall und jederzeit

- Härtere Strafen für Einbrecher, bessere Aufklärung, mehr Ermittlungsbefugnisse der Polizei, Ausbau staatliche Zuschüsse für Eigentümer/Mieter bei Sicherungsmaßnahmen
- Null Toleranz bei Missachtung von Regeln oder Gesetzen, Entlastung der Polizei von bürokratischen Aufgaben, Polizeipräsenz erhöhen, stärkeres Vorgehen gegen Vandalismus
- Videoschutz an öffentlichen Gefahrenorten ausbauen
- Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und Einsatzkräfte konsequent schützen, Mindeststrafen für Angriffe deutlich erhöhen

Voller Schutz für Kinder und Frauen vor Gewalt und Missbrauch

- Sexuellen Kindesmissbrauch in aller Schärfe bekämpfen, Einsatz elektrischer Fußfesseln bei Sexualstraftätern, lebenslanger Eintrag im Führungszeugnis, europaweiter Zugriff von Ermittlungsbehörden
- Groß angelegte Aufklärungs- u. Sensibilisierungskampagne, Einbindung von Kitas/Schulen als zentrale Schutzorte, Zusammenarbeit zwischen Ärzten/Jugendhilfe verbessern, besserer Schutz unserer Kinder in der digitalen Welt, Kinderschutz als Pflichtfach für alle mit Kindern arbeitenden Berufen
- Mehr Transparenz über frauenfeindliche Straftaten, auch in der polizeilichen Kriminalstatistik

Die Corona-Pandemie sowie die schlimmen Ereignisse im Juli in den Hochwassergebieten haben uns gezeigt, dass noch viel im Bevölkerungsschutz unternommen werden muss. Und auch dies findet im Wahlprogramm seinen Platz, denn Sicherheit bedeutet auch Menschen in elementarer Not zu helfen. Die CDU/CSU will ganz gezielt den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe weiter stärken, damit Deutschland krisenfester wird.

Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen

- Bessere Zuständigkeitsverteilung auf Hilfsorganisationen, THW, Länder, Städte, Landkreise und Gemeinden
- Schaffung einer gemeinsamen Plattform, engere Vernetzung/Verzahnung aller Akteure, Stärkung des Bundesamtes für den Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut
- Schaffung einer neuen "Nationalen Reserve Gesundheitsschutz" für wichtige medizinische Versorgungsgüter (z.B. persönliche Schutzausrüstung)
- Langfristige und rechtliche Absicherung für sich im Ausbau befindliche THW-Logistikzentren

Warnmedien modern gestalten, nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr stärken

- Schließen "Blinder Flecke im Warnsystem"
- Warnmedien modern und zielgerichtet gestalten
- Warnmix aus digitalen und analogen Medien, Prüfung der Nutzung von Cell-Broadcasting-Technologie (SMS über bestimmte Funkzellen)
- Ausstattung von Hilfsorganisationen und Feuerwehren
- Schnelles, unbürokratisches Hilfsprogramm für betroffene Menschen und Regionen

Bürgerschaftliches Engagement fördern, zivil-militärische Zusammenarbeit stärken

- Ehrenamtliche Kräfte dauerhaft unterstützen
- Frauen und Männer durch weitere Anreize für ehrenamtliche Aufgaben begeistern und gewinnen
- Einsatz der Bundeswehr im Inland bei Schnee- oder Hochwasserkatastrophen oder nach Großschadensereignissen
- Regelmäßige Übungen für biologische und pandemische Lagen für Gesundheits- und Sicherheitskräften

Das Wahlprogramm enthält noch viel mehr interessante Themen... Schauen Sie sich das doch einmal an und machen Sie sich ihr eigenes Bild unter https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/(Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland).

Yvonne Brisbois-Schütten, Gaby Langguth

Aktuelles von der Frauenunion Linkenheim-Hochstetten

Ein Event jagte das nächste im Juli 2021: Erst Support des Jugendtreffs in Form von Kuchenverkauf bei der sehr gelungenen Eröffnungsfeier, dann tatkräftige Unterstützung beim Familienfest des CDU Gemeindeverbands, bei dem auch der aktuelle Bundestagskandidat Nicolas Zippelius vorbeigeschaut hat.



Und zwischendurch fand am 21.7.2021 die diesjährige Jahreshauptversammlung der Frauenunion Linkenheim-Hochstetten statt. Nach den Berichten der bisherigen 1. Vorsitzenden Stefanie Fütterer und der Schatzmeisterin Tanja Kössler wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Nun standen für unsere noch junge Frauenunion erstmals Neuwahlen an. Danke an die Vorsitzenden der CDU Linkenheim-Hochstetten, Andreas Stampfer und Frank Kaiser, die uns bestens als Wahlleiter unterstützten.



Es darf gratuliert werden – wir sind sehr froh, dass Marion Kaiser als unsere neue 1. Vorsitzende einstimmig gewählt wurde. Ebenso konnte die restliche Vorstandschaft - ebenfalls einstimmig - ins Amt gewählt werden: Stefanie Fütterer als stellvertretende Vorsitzende, Yvonne Brisbois-Schütten als Schriftführerin, Tanja Kössler als Schatzmeisterin, Angela Lang/Petra Lorch/Beate Pfefferkorn/Andrea Stampfer als Beisitzerinnen, Claudia Baum/Gaby Langguth/Katharina Riekötter als Social Media Team und Uschi Alber/Nicole Fricke als Kassenprüferinnen.

Wir sind voller Vorfreude und Elan für die neue Amtszeit. Die Planungsphase für die nächsten anstehenden Aktivitäten ist schon im Gange. Wir treffen uns einmal im Monat und würden uns sehr freuen, wieder neue Gesichter bei unseren nächsten offenen Treffen begrüßen zu dürfen!

Yvonne Brisbois-Schüten

CDU / FU Familienfest

Unvergessliche Stunden und überragender Zuspruch beim ersten großen Highlight nach dem Lockdown

Völlig geschafft, aber stolz und glücklich verabschiedeten sich die Festhelfer am späten Sonntagabend nach dem Aufräumen im Anglerheim im Gründel, wo nach einem Jahr Pandemiepause das traditionelle Familienfest der CDU und FU Linkenheim Hochstetten erstmals wieder stattfand.



Umsichtig, mit einem gut durchdachten Hygienekonzept und dem weitreichenden Gelände des Anglervereins hofften die Verantwortlichen des Festausschusses auf Zuspruch wie in den vergangenen Jahren vor der Pandemie. Doch sie sollten sich irren!

Die ungewisse Wettervorhersage sorgte für etwas Nervosität, die jedoch am Sonntagmorgen schnell verflog. Strahlend blauer Himmel und eine motivierte Sonne sorgte für angenehme Temperaturen und bestes Festwetter. Perfekte Bedingungen für die Artisten der Zirkusscheune, die auch in diesem Jahr mit einem spannenden Programm die Gäste faszinierten.

Wie üblich öffneten die Pforten für das Familienfest um 11.00 Uhr, und obwohl die erste Bratwurst noch nicht auf dem Grill lag, wurden die ersten Gäste durch unseren Vorsitzenden Andreas Stampfer begrüßt. Und zur Freude aller Organisatoren und Helfer konnten wir bis zum Nachmittag immer mehr Gäste begrüßen.

Steaks, Bratwürste und Pommes Frites fanden starken Anklang, die Artisten der Zirkusscheune sorgten für ein fantastisches Programm und Begeisterung bei den Gästen. Eine ausgelassene Stimmung sowie die bisher einzigartige Besucheranzahl in diesem Jahr ermöglichten es dem Landtagsabgeordneten Ansgar Mayr, dem Bundestagskandidaten Nicolas Zippelius und Bürgermeister Michael Möslang, schnell mit den Gästen ins Gespräch zu kommen.



Hätte der Gemeindeverbandsvorsitzende Andreas Stampfer zur gegebenen Zeit nicht "die letzte Runde" eingeläutet, hätte das Fest an diesem Tag mit Sicherheit kein Ende genommen. Nach den vergangenen schwierigen Monaten der Pandemie war es für alle ein schönes Gefühl, gemeinsam Spaß zu haben. Nie zu vor hatte das Familienfest einen solchen Spirit, solchen Zuspruch und eine solche Anzahl an Gästen verzeichnet. Das bleibt in Erinnerung und weckt Vorfreude auf 2022.

Frank Kaiser



Vorstellung Nicolas Zippelius – der neue Bundestagskandidat im Wahlkreis Karlsruhe-Land Von hier. Für Euch.

"Unsere Heimat ist mir eine Herzensangelegenheit." Nicolas Zippelius ist 34 Jahre alt und hat eine ambitionierte Agenda für die kommenden Jahre. Er ist Mitglied des Gemeinderates seiner Heimatgemeinde Weingarten und Mitglied des Kreistages im Landkreis Karlsruhe.

Nicolas Zippelius ist einem mittelständischen Betrieb aufgewachsen. "Hier kennt man sich, hier gibt es gute Arbeit, faire Löhne und starke Ausbildungsplätze." Wichtig sei es ihm, eine Politik zu verfolgen, welche die Sichtweise des Landkreis-Karlsruhe nach Berlin trägt und die Interessen der Menschen dort vertritt. Der Landkreis Karlsruhe sei in seiner Vielfalt besonders, ländlich und städtisch geprägt, klein- und mittelständisch strukturiert, landschaftlich herausragend vielfältig und vom Ehrenamt getragen.

Sein Antrieb ist es, Verantwortung zu übernehmen und einen positiven Beitrag für seine Mitmenschen zu leisten. Er steht für die Verbindung von Heimat und High-Tech, von WLAN und Werten. Zuhören, anpacken und umsetzen will er, mit zahlreichen Gesprächsangeboten in den Städten und Gemeinden. Denn direkt vor Ort bei den Menschen schlage der Puls der Region.

Für die Zeit nach der kommenden Bundestagswahl hat er folgende Kernthemen im Fokus: Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Corona-Krise müsse vorangebracht werden. Steuerliche Entlastungen statt Belastungen seien das Gebot der Stunde. Eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik müsse Chancen nutzen und technologieoffen agieren. So könne man auch globalen Emissionen entgegenwirken. Zusätzlich müssen Familien die Chance haben, sich etwas aufzubauen. "Der Erwerb von Eigentum und der Bau eines Eigenheims müssen Ansporn und dürfen nicht Angstgefühl der kommenden Generationen sein.", so Zippelius. Für das Thema Einwanderung verfolgt er das Ziel eines Einwanderungsgesetzes. Globalpolitische Fragen müssten europäisch beantwortet werden, nur so gelänge es, Deutschlands Platz in der Welt als zukünftig klimaneutrale Industrienation zu sichern.

blickpunkt

Impressum:

Verantwortlich: Andreas Stampfer

Herausgeber: CDU-Gemeindeverband Linkenheim-Hochstetten

Blankenlocher Str. 35

76351 Linkenheim-Hochstetten

Telefon 07247/3576

www.cdu-linkenheim-hochstetten.de

Redaktion:

Klaus Kreuser Frank Kaiser Andreas Stampfer Klaus Kreuser

Satz: Anzeigenverwaltung:

Tanja Kössler